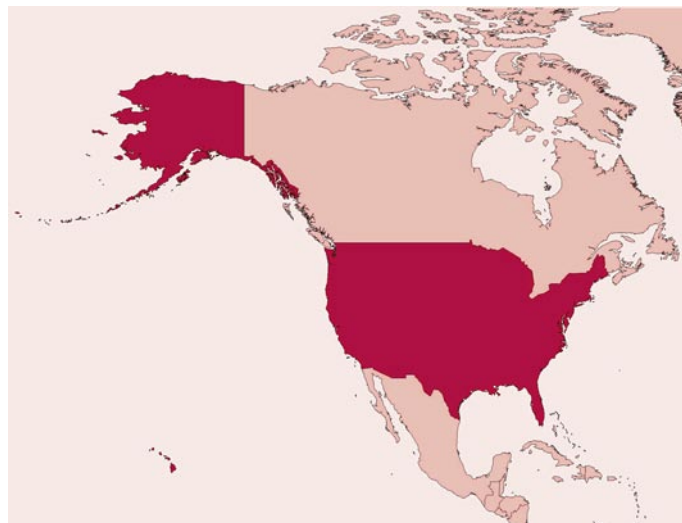


# Die Vereinigten Staaten von Amerika

Die USA gelten im Allgemeinen als das Einwanderungsland schlechthin. Seit über zweihundert Jahren kommen Einwanderer ins Land. Heute ist die Einwanderung durch große Vielfalt gekennzeichnet: Die USA ziehen jährlich zahlreiche Personen mit unterschiedlichen sozialen und ethnischen Wurzeln und verschiedenem Bildungshintergrund an.

Während die Einwanderer ursprünglich vor allem Europäer waren, stammt heutzutage die Mehrheit aus Lateinamerika. Immer neue Einwanderungswellen haben dazu beigetragen, dass die Bevölkerung der USA eine große Bandbreite unterschiedlicher Herkunft aufweisen. Die Zuwanderung ist vor allem in der Familienzusammenführung und Arbeitsmigration begründet, Flüchtlinge sind zahlenmäßig weniger bedeutend.

Gegenwärtig steht Einwanderung sowohl für eines der grundlegenden Merkmale im Selbstverständnis der Vereinigten Staaten als auch für eine politische Kontroverse. Seit den Ter-



## Hintergrunddaten

**Hauptstadt:** Washington D.C.

**Sprache:** Englisch

**Fläche:** 9.809.155 km<sup>2</sup>  
(Vergleich Deutschland: 357.027 km<sup>2</sup>)

**Bevölkerungszahl (6/2007):** 302.070.500

**Bevölkerungsdichte:** 31 Einwohner je km<sup>2</sup>

**Bevölkerungswachstum (2003):** 0,8 %

**Erwerbsbevölkerung (2006):** 75,5 % (OECD)

**Anteil im Ausland geborener Bevölkerung (2003):** 11,7%  
(33,5 Mio. Personen)

**Anteil im Ausland geborener Erwerbstätiger an allen Erwerbstätigen (2006):** 15,3%

**Arbeitslosenquote:** 4,6% (2006); 5,1% (2005); 5,5% (2004)  
(OECD)

**Religionen (1999):** 62 Mio. Katholiken; 28,3 Mio. Baptisten; 13,1 Mio. Methodisten; 11,3 Mio. Mitglieder der Pfingstgemeinde; 8,3 Mio. Lutheraner; 6 Mio. Juden; 5,1 Mio. Mormonen; 4,1 Mio. Presbyterianer; 4 Mio. Orthodoxe; 4 Mio. Muslime; 3,5 Mio. Mitglieder der Kirche Jesu Christi; 2,4 Mio. Mitglieder der Episkopalkirche; 2 Mio. Buddhisten; 1,9 Mio. Reformierte; 1 Mio. Zeugen Jehovas; 1 Mio. Hindus; 0,8 Mio. Bahais; 0,2 Mio. Sikhs

roranschlägen vom 11. September 2001 spielt die Sicherheit des Landes eine immer wichtigere Rolle, ebenso die Debatte über irreguläre Einwanderung. Das vorliegende Länderprofil bietet zunächst einen Überblick über die langfristige Entwicklung der Einwanderung in die USA, um dann einige aktuelle Punkte näher zu betrachten.

Eingangs sollte jedoch betont werden, dass die Vereinigten Staaten in der Einwanderungsdebatte – was die Grundsätze betrifft – deutlich weniger gespalten sind, als es gegenwärtig den Anschein hat. Der Stolz, eine Einwanderernation zu sein, ist ungebrochen und die überwältigende Mehrheit befürwortet zwar politische Reformen hin zu strengerer Anwendung der Gesetze, aber gleichzeitig auch den Zugang zum legalen Aufenthaltsstatus für jene, die sich bereits in den USA aufhalten.

## Entwicklungen in der Einwanderungspolitik der USA

### Gesetzgebung bis 1980

Während des 20. Jahrhunderts hatte die Einwanderungspolitik der USA vor allem das Ziel, Einreisebewilligungen auf bestimmte Herkunftsregionen zu begrenzen. Auf Grundlage der Quotenregelung von 1921 wurde im Einwanderungsgesetz von 1924 die Zuwanderungsrate auf 150.000 Personen pro Jahr festgelegt und ein Quotensystem für nationale Herkunft eingerichtet, das die Zuwanderung aus den bevorzugten nord- und westeuropäischen Staaten förderte und gleichzeitig die Zuwanderung von „unerwünschten Rassen“<sup>1</sup> aus Ost- und Süd-

europa begrenzte. Dieser Effekt wurde dadurch erzielt, dass die Zuwanderungsquoten für einzelne Nationen an die proportionale Zusammensetzung der damaligen US-Bevölkerung gebunden waren. Menschen aus China, Japan, Südasien und zahlreichen afrikanischen Staaten wurden damit von der Einwanderung praktisch ausgeschlossen.<sup>2</sup>

Das Einwanderungsgesetz (*Immigration and Nationality Act, INA*) von 1952 weichte diese Einschränkungen bis zu einem gewissen Grad auf, behielt aber grundsätzlich die Auswahl nach nationaler Herkunft bei. „Rasse“ stellte kein Hindernis mehr bei der Einwanderung dar, und allen Ländern wurde eine Mindestquote von 100 Einwanderern zugeteilt. Darüber hinaus wurde ein Auswahlssystem eingeführt, das Einwanderer mit gefragter Ausbildung ebenso bevorzugte wie Verwandte von US-Bürgern bzw. von Personen mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus.

Mit einer Gesetzesnovelle von 1965 wurde die Auswahl nach Nationalitäten endgültig abgeschafft und damit der Weg für umfangreichere Zuwanderung aus Asien, Lateinamerika und auch Südeuropa geebnet. Die Höchstgrenzen wurden nach Weltregionen festgelegt und ein Präferenz-System aufgestellt, in dem nach sieben verschiedenen Kategorien Visa ausgestellt wurden. Demzufolge wurden Visa in der Reihenfolge der eingehenden Anträge ausgestellt, sowohl für Verwandte von US-Bürgern als auch für Bewerber, die Kenntnisse oder eine Ausbildung mitbrachten, die in der US-Wirtschaft nachgefragt wurden.

### Gesetzeslage seit 1980

Inmitten einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit, die geprägt war von ungleichen Einkommensverhältnissen, stagnierenden Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit, verkündete Ronald Reagan 1985, dass die USA die Kontrolle über ihre Grenzen aufgrund einer „Invasion“ von irregulären Einwanderern verloren hätten. Damit erhob er die Einwanderung zu einer Frage der nationalen Sicherheit.<sup>3</sup> Das Gesetz zur Reformierung und Kontrolle von Zuwanderung (*Immigration Reform and Control Act, IRCA*) von 1986 entsprach diesem neuen Sicherheitsbedürfnis in vier Kernpunkten: Maßnahmen entlang der Grenze zu Mexiko wurden verschärft; eine Sanktionierung von Arbeitgebern wurde eingeführt, um vor der Beschäftigung von Schwarzarbeitern abzuschrecken; Personen, die sich bereits längere Zeit undokumentiert im Land aufhielten, wurde eine Amnestie angeboten (das *Legally Authorized Worker Program, LAW*); für Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wurde ein gesondertes Anerkennungsprogramm aufgelegt (das *Special Agricultural Worker Program, SAW*).

Im Jahr 1990 wurden Maßnahmen im Gesetz verankert, um die Zuwanderung von Fachkräften zu erhöhen. Außerdem wurde von 1995 an die Einwandererzahl auf etwa 675.000 pro Jahr begrenzt. Diese Zahl setzte sich zusammen aus 480.000 Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung ins Land kamen, 140.000 Arbeitsimmigranten und 55.000 so genannten diversity immigrants aus Ländern, aus denen nur ein geringer Zustrom zu verzeichnen war.

Auch der Zugang von Einwanderern zu den Sozialsystemen rückte in den 1990er Jahren in den Blickpunkt. Höchst umstrit-

ten war die Verabschiedung eines Gesetzesantrags (*Proposition 187*), mit dem in Kalifornien irregulären Einwanderern der Zugang zu Sozialleistungen wie z. B. medizinischer Versorgung verwehrt werden sollte. Bei diesem Fall aus dem Jahr 1994 handelt es sich nur um den bekanntesten in einer ganzen Reihe von gesetzlichen Maßnahmen gegen irreguläre Einwanderung. In den späten 1990er Jahren erhöhte sich wieder der Druck, hochqualifizierten Einwanderern den Zugang ins Land zu erleichtern, um die boomende Wirtschaft mit Arbeitskräften zu versorgen.

### Entwicklungen seit dem 11. September 2001

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 boten neuerlichen Anlass zu einer Reformierung des Zuwanderungssystems. Die Anschläge wurden von nichtamerikanischen Staatsbürgern auf US-Gebiet verübt, was als Hinweis gedeutet wurde, dass die Zusammenarbeit zwischen Bundesbehörden, Bundespolizei und dem Grenzschutz nicht mehr angemessen funktionierte. Als Konsequenz der Anschläge wurde die Verantwortung für Einwanderung und Grenzschutz im neu geschaffenen Heimatschutzministerium (*Department of Homeland Security, DHS*) zusammengeführt. Fragen der Einwanderung und der inneren Sicherheit wurden eng verknüpft im als Patriot Act bekannt gewordenen Gesetz (*Provide Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism (PATRIOT Act)*), durch das die Vergehen, für die Immigranten abgeschoben werden können, ausgeweitet wurden, und das es erleichtert, nicht-amerikanische Staatsangehörige für lange Zeit in Untersuchungshaft zu nehmen.

In den letzten Jahren sind Versuche unternommen worden, das Zuwanderungsgesetz dahingehend zu reformieren, dass die Nachfrage des Arbeitsmarkts nach Zuwanderern mit Grenzschutz- und Sicherheitsbelangen in Einklang gebracht wird. Das Repräsentantenhaus verabschiedete im Dezember 2005 eine Gesetzesvorlage (*H.R. 4437*), die auf neue und schärfere Maßnahmen entlang der Grenze abzielte, während der Senat im Mai 2006 eine Vorlage (*S. 2611*) verabschiedete, die ergänzend zu stringenten Sicherheitsmaßnahmen auch erheblich ausgeweitete Möglichkeiten zur legalen Einwanderung und Erlangung der Staatsbürgerschaft vorsah. Keine der beiden Vorlagen wurde vom Kongress bestätigt und die andauernde Debatte, wie Unzulänglichkeiten im Einwanderungssystem behoben werden können, hat sich in parteipolitischen Gefechten verfangen (siehe hierzu auch das Kapitel zu aktuellen Debatten).

### Aktueller Stand der Einwanderungspolitik

Nicht-amerikanischen Staatsbürgern kann nach drei Hauptkategorien dauerhaft Aufenthalt im Land gewährt werden: Familienzusammenführung, arbeitsmarktorientierte Einwanderung und Fälle humanitärer Hilfe. Die Zahl der Menschen, denen jedes Jahr<sup>4</sup> ein dauerhafter Aufenthaltsstatus gewährt wird, setzt sich zusammen aus Neuankömmlingen sowie Personen, deren befristete Aufenthaltsgenehmigung in eine unbefristete umgewandelt worden ist. Permanente Einwanderer (*Lawful Permanent Residents, LPRs*, auch bekannt als Inhaber einer

„Green Card“) genießen viele Rechte in den USA: sie können unbefristet im Land wohnen und arbeiten, Eigentum erwerben, öffentliche Schulen und Hochschulen besuchen, zum Militär gehen und die US-Staatsbürgerschaft beantragen.<sup>5</sup>

Die Familienzusammenführung stellt bei weitem den häufigsten Zugangsweg für über die Hälfte der *LPRs* dar. Die anderen Haupteinwanderungswege führen über die arbeitsmarktorientierte Einwanderung (*employment-based immigration*), Flüchtlings- und Asylanträge (siehe das Kapitel über Flucht und Asyl) und das so genannte „Vielfaltslotto“ (*Diversity Lottery*, siehe unten).

Familienzusammenführung kommt vor allem für zwei Personengruppen in Frage: direkte Verwandte von US-Staatsbürgern sowie Familienmitglieder, die gemäß den Präferenzkategorien gefördert werden. Die erste Gruppe umfasst Ehegatten und Kinder von US-Staatsbürgern und ist zahlenmäßig unbegrenzt; in der Regel gehören 40 % der in einem Jahr zugelassenen *LPRs* dieser Kategorie an. Die zweite Gruppe teilt sich in vier Präferenzkategorien, von denen drei die Zusammenführung von US-Staatsbürgern regeln und eine weitere den Zugang für Ehegatten und unverheiratete Kinder von Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus (*LPRs*). Insgesamt sind die Zulassungen in allen vier Präferenzkategorien auf 226.000 bis 480.000 pro Jahr begrenzt.<sup>6</sup> Darüber hinaus dürfen in keiner Kategorie mehr als 7 % der Genehmigungen auf ein Land entfallen.

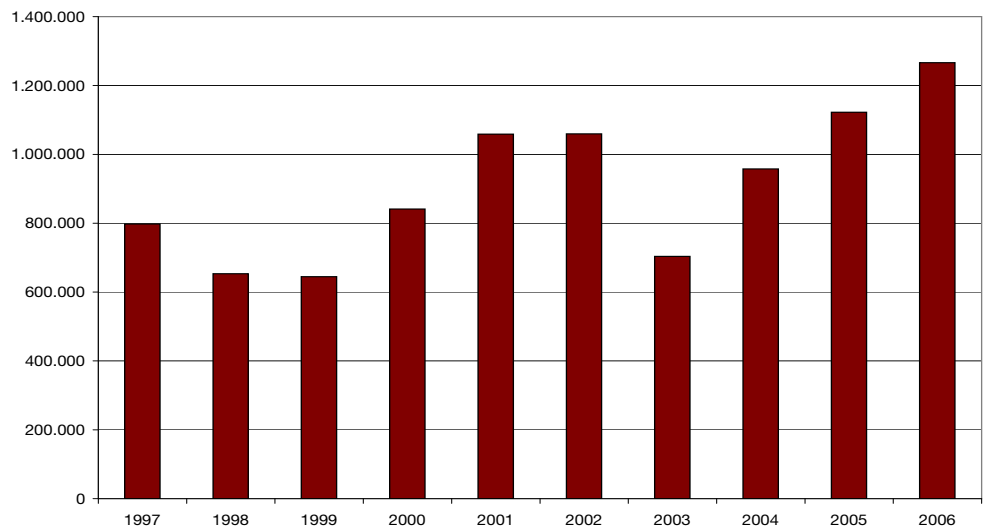
Ein anderer Weg zur dauerhaften Niederlassung führt über die arbeitsmarktorientierte Einwanderung, die für hochqualifizierte und ungelernete Arbeitskräfte, abgestuft in vier verschiedenen Kategorien, gleichermaßen möglich ist. Meist wird ein konkretes Angebot eines Arbeitgebers vorausgesetzt. In einer fünften Kategorie werden Einwanderungsvisa für Personen ausgestellt, die ein Unternehmen gründen oder in ein Unternehmen investieren wollen. Die Zulassungen für Arbeitskräfte sind auf 140.000 pro Jahr begrenzt, wobei diese Zahl um die Zahl der ungenutzten *LPR-Zulassungen* für Familienangehörigen (falls vorhanden) erhöht werden kann. Hier dürfen ebenfalls nicht mehr als 7 % der Genehmigungen auf ein Land entfallen.

Schließlich werden über ein Losverfahren (*Diversity Lottery*) jährlich 55.000 Visa an Bewerber erteilt, aus deren Heimatländern in den vergangenen fünf Jahren nicht mehr als 50.000 Menschen in die USA eingewandert sind. Eine Liste mit entsprechenden Ländern wird jedes Jahr vor Beginn des Losverfahrens vom Ministerium veröffentlicht.

Über diese Zuwanderungsmöglichkeiten hinaus gibt es eine Vielzahl von Visumskategorien innerhalb derer befristete Auf-

enthaltsgenehmigungen an so genannte „Nicht-Immigranten“ (*nonimmigrants* [sic!]) erteilt werden können. Die Zahl dieser Visa ist begrenzt. So werden beispielsweise jedes Jahr 65.000 befristete Visa für hochqualifizierte Arbeitskräfte (H-1B-Visa) ausgegeben (plus 20.000 zusätzliche Visa für ausländische Absolventen von US-Universitäten) sowie 66.000 Arbeitsvisa (H-2B-Visa) für Saisonarbeiter bzw. Arbeitskräfte, die gebraucht werden, um vorübergehenden Arbeitskräftemangel in folgenden Bereichen auszugleichen: Baugewerbe, Gesundheitswesen, Landschaftsgärtnerei, Forstwirtschaft, Fertigung, Nahrungsmittelverarbeitung und Hotelgewerbe.

**Abbildung 1: Zahl der erteilten permanenten Aufenthaltserlaubnisse (LPR-Status), US-Geschäftsjahre 1997-2006**



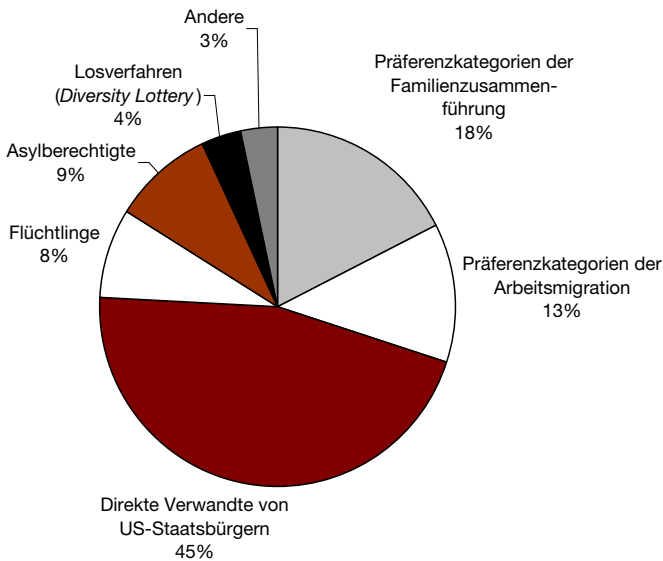
Quelle: Yearbook of Immigration Statistics, US Department of Homeland Security

## Einwanderungsbewegungen

Die Zahl der Personen pro Jahr, die eine permanente Aufenthaltserlaubnis (*LPR-Status*) erhalten, steigt seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich an. In den 1950er Jahren waren es durchschnittlich 250.000 Personen im Jahr; im Zeitraum von 2000 bis 2006 lag diese Zahl vierfach höher, bei knapp über einer Million pro Jahr.<sup>7</sup>

Im Jahr 2006 bekamen insgesamt 1.266.264 Personen den *LPR-Status*, von denen 447.016 (35,3 %) neu ins Land eingereist waren, und 819.248 (64,7 %) bereits in den USA gelebt und einen Statuswechsel vollzogen hatten. Insgesamt 803.335 Personen (63,0 %) erhielten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus im Zuge der Familienzusammenführung, 159.081 Personen (3,5 %) im Zuge der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung, 44.471 Personen (3,5 %) im Rahmen des Losverfahrens (*Diversity Lottery*) und 216.454 weitere Personen (17,0 %) im Rahmen der Bestimmungen für Flüchtlinge und Asylberechtigte.

**Abbildung 2: Im Jahr 2006 erteilte permanente Aufenthaltserlaubnisse (LPR-Status) nach Zulassungskategorie (insgesamt 1.266.264)**



Quelle: Yearbook of Immigration Statistics, US Department of Homeland Security

## Die Einwandererbevolkerung

In den vergangenen Jahren ist die gesamte Einwandererbevolkerung stark angestiegen. 1990 waren 19,8 Millionen US-Bürger im Ausland geboren, im Jahr 2003 bereits 33,5 Millionen, was gut 11 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Mehrheit der im Ausland Geborenen stammt aus Lateinamerika (52,0 %), während 25,0 % in Asien, 13,7 % in Europa und 8,0 % in anderen Weltregionen geboren wurden.<sup>8</sup>

Bildungsabschlüsse sind für die Einwandererbevolkerung von entscheidender Bedeutung, da diese oftmals eine starke Korrelation zu den Berufsaussichten und erfolgreicher Integration aufweisen. Insgesamt ein Fünftel (21,5 %) der im Ausland Geborenen haben lediglich bis zur 9. Klasse die Schule besucht, verglichen mit 4,1 % der einheimischen US-Bevölkerung. Auch besitzen weniger im Ausland Geborene als Einheimische einen High-School-Abschluss (40,0 % gegenüber 60,3 %). Hingegen nähern sich die Leistungen der beiden Gruppen im höheren Bildungsbe- reich: so haben 27,3 % der im Ausland Geborenen und 27,2 % der Einheimischen mindestens einen Bachelor-Abschluss.

Beschäftigungsstatistiken zeigen, dass im Ausland geborene Arbeitnehmer im Vergleich zu einheimischen Arbeitnehmern im Dienstleistungssektor überrepräsentiert (23,3 % bzw. 14,9 %) und in der Kategorie der leitenden Angestellten und Fachpersonal unterrepräsentiert (26,9 % bzw. 36,2 %) sind, wobei diese Anteile je nach ethnischer Gruppe unterschiedlich ausfallen. Zum Beispiel gehören propor-

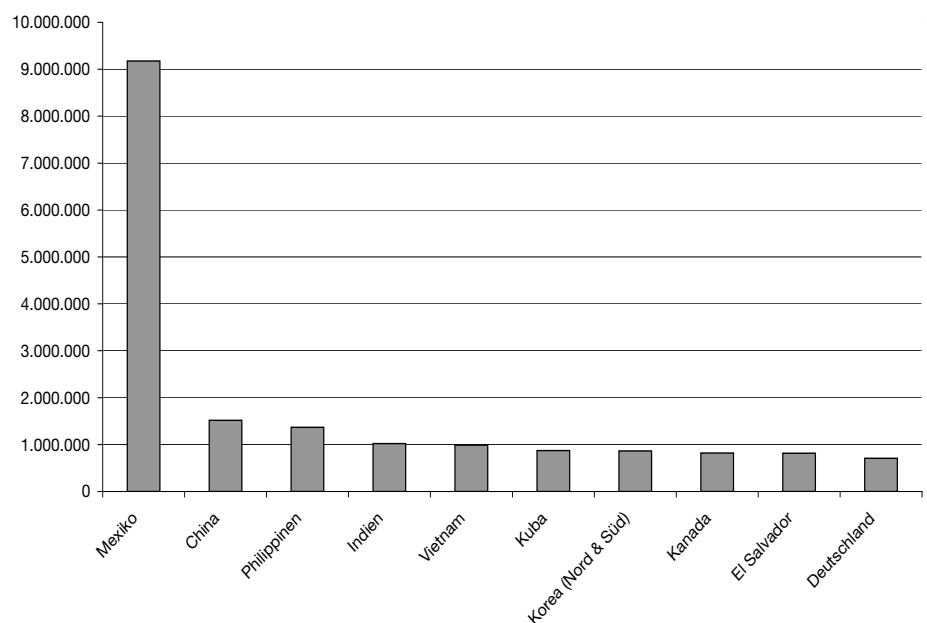
tionale mehr in Asien geborenen Personen (47 %) und weniger in Zentralamerika geborenen Personen (7,9 %) der Gruppe der leitenden Angestellten und Fachpersonal an.

Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahr 2000 zeigen, dass die Zahl derer, die eine andere Sprache als Englisch zu Hause sprechen, seit 1990 von 15,4 Millionen auf 25,5 Millionen gestiegen ist. Die Mehrheit der im Ausland Geborenen spricht jedoch Englisch „gut“ oder „sehr gut“. Es zeigte sich aber auch, dass insgesamt 35 % nur über begrenzte Englischkenntnisse verfügen, von denen 23 % Englisch „nicht gut“ sprechen und 12 % „überhaupt nicht“. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass in den letzten Jahren zunehmend Druck ausgeübt wird, Englisch offiziell zur Amtssprache in den USA zu ernennen, was gegenwärtig nicht der Fall ist. Anträge des Senats haben 2007 die Bundesbehörden dazu aufgefordert, die Stellung der englischen Sprache zu bewahren und zu fördern. Wenngleich nicht ausgeschlossen werden soll, dass Informationen auch in einer anderen Sprache als Englisch abgefasst werden können, soll jedoch klargestellt werden,

dass die Bürger keinen Rechtsanspruch auf solche Leistungen haben.

Die im Ausland geborene Bevölkerung konzentriert sich vor allem auf die Staaten Kalifornien, Texas, New York, Illinois und Florida. In den letzten Jahren lässt sich jedoch eine zunehmende Streuung von Einwanderergruppen über die gesamten USA verzeichnen. Diese Verbreitung wird vor allem durch bessere Berufsaussichten, die sich in anderen Staaten ergeben, und die hohen Lebenshaltungskosten in den traditionellen Siedlungsgebieten befördert. In Georgia, South Carolina, Alabama, Delaware, Pennsylvania, Tennessee, North Carolina und North Da-

**Abbildung 3: Die zehn häufigsten Geburtsländer der im Ausland geborenen Bevölkerung im Jahr 2000**



Quelle: US Census Bureau

kota waren in den letzten Jahren die größten prozentualen Steigerungen der im Ausland geborenen Bevölkerung zu verzeichnen.

## Staatsbürgerschaft

Alle Personen, die in den USA geboren werden, erhalten automatisch die US-Staatsbürgerschaft. Menschen, die keine gebürtigen US-Staatsbürger sind, können die Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erhalten, für die sie eine Reihe von bestimmten Kriterien erfüllen müssen. Der Einbürgerungsprozess kann zwischen sechs Monaten und zwei Jahren dauern. Ein – legaler – Einwanderer, der eingebürgert werden möchte, muss mindestens 18 Jahre alt sein, mindestens fünf Jahre lang in den USA gelebt haben (drei Jahre, wenn die Person mit einem US-Staatsbürger verheiratet ist) und darf nicht vorbestraft sein. Außerdem muss ein Bewerber ausreichende Englischkenntnisse sowie Kenntnisse der Geschichte und des Regierungssystems der USA in einem Einbürgerungstest nachweisen.

Historisch betrachtet sind weniger als die Hälfte aller Einwanderer in den USA letztlich amerikanische Staatsbürger geworden. Das Interesse an einer Einbürgerung hat seit den 1990er Jahren jedoch zugenommen. Zu Beginn der 1990er lebten 6,5 Millionen Eingebürgerte in den USA; diese Zahl stieg bis 2002 auf 11,3 Millionen (bzw. 49 % der im Ausland geborenen Bevölkerung). Dieser Anstieg wird auf Maßnahmen zurückgeführt, durch die öffentliche Leistungen für Nicht-Staatsbürger beschränkt wurden, als auch auf veränderte Bearbeitungsgebühren.<sup>9</sup> Im Jahr 2006 wurden 702.589 Personen eingebürgert; die fünf bedeutendsten Herkunftsländer dabei waren Mexiko (12 %), Indien (6,8 %), die Philippinen (5,8 %), China (5 %) und Vietnam (4,3 %). Die Mehrzahl der 2006 Eingebürgerten wohnte in den Bundesstaaten Kalifornien (21,8 %), New York (14,8 %) und Florida (12,9 %).<sup>10</sup>

## Integration

Debatten über die Integration von Neuzuwanderern sowie die daraus folgenden Herausforderungen für die USA konzentrieren sich maßgeblich auf *Hispanic Americans* (Amerikaner lateinamerikanischen Ursprungs) und insbesondere auf die Mexikaner. Die Diskussionen werden über vielfältige Themen geführt, einschließlich kontroverser Thesen wie jener von Samuel Huntington in „*Who Are We? The Challenges to America's National Identity*“ („Wer sind wir? Die Herausforderungen für die Amerikanische Identität“). Huntington argumentiert, dass die gegenwärtige Zuwanderung mexikanischer Immigranten eine größere Herausforderung darstellt als die frühere Einwanderung von Iren, Juden und Italienern und sich auch grundsätzlich von dieser unterscheidet. Er stellt die These auf, dass ähnliche Erfolge bei der Assimilation früherer Zuwanderer für die latein-amerikanischen Zuwanderer wenig wahrscheinlich seien, da es Probleme durch die direkte Nachbarschaft zu Mexiko, den Umfang der Zuwanderung, ihre Irregularität, ihre regionale Konzentration und ihr Andauern sowie durch die histori-

sche Präsenz von Mexikanern in den südlichen Staaten der USA gäbe. Diese Betrachtungsweise ist überaus kontrovers und stieß folglich auf starke Kritik.

Im Gegensatz zu Huntingtons These weisen Wissenschaftler darauf hin, dass der Einwanderungsprozess von Mexikanern durchaus den Mustern früherer Einwanderungswellen zu folgen scheint. Zum Beispiel sei das Phänomen, wonach ein Großteil der Neuankömmlinge aus Mexiko zu einer Bevölkerungsgruppe gehört, die, obwohl sie Arbeit hat, arm ist und geringe Aussichten auf einen Job außerhalb des Niedriglohnssektors hat, nicht neu: Zu Beginn des letzten Jahrhunderts standen polnische und italienische Einwanderer vor den gleichen Problemen. Daher ist zu hoffen, dass auch bei erschwerterem Zugang zu höherer Bildung und damit besseren Berufsaussichten ausreichend Spielraum bleibt, der es der mexikanischstämmigen Bevölkerung ermöglicht, sich auf der Ebene der Arbeiterschicht in die US-Gesellschaft zu integrieren. Viele Kinder von mexikanischen Einwanderern wachsen in Gemeinschaften auf, die zwar arm, aber dennoch gut in den örtlichen Arbeitsmarkt integriert sind. Dadurch bieten sich Kontakte und Zugang zu Arbeitsplätzen, die eine zentrale Rolle bei der weiteren Integration spielen.<sup>11</sup>

## Flucht und Asyl

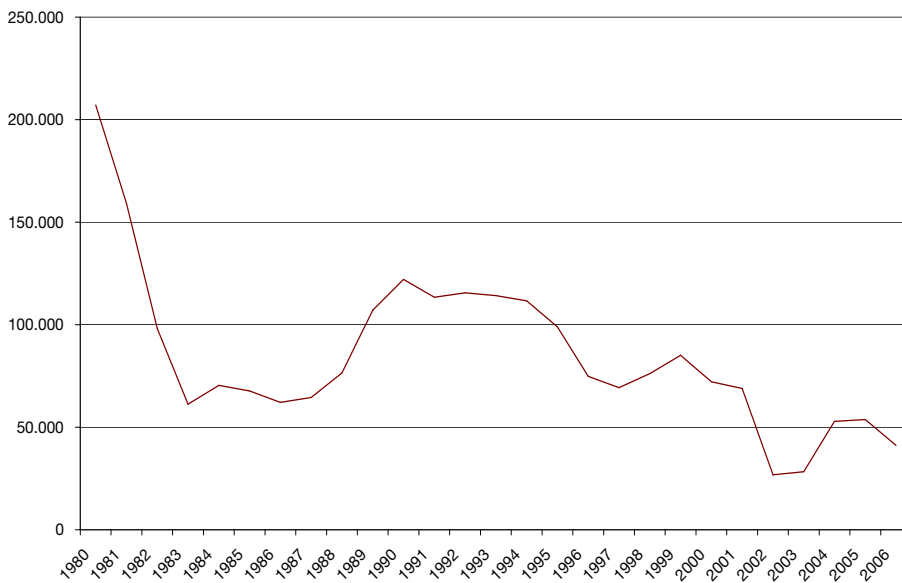
Die Kategorien Flucht und Asyl sind insofern gleichzusetzen, als sie Nicht-Amerikanern offen stehen, die nicht in der Lage sind, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, da sie dort, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, oder wegen ihrer politischen Meinung, verfolgt werden – oder die begründete Befürchtung davor besteht. Während jedoch Flüchtlinge eine Einwanderung von außerhalb der USA beantragen, stellen Asylbewerber ihren Antrag innerhalb des Landes bzw. am Ort der Einreise. Personen, denen Flüchtlings- oder Asylstatus zuerkannt wird, erhalten eine Arbeitsgenehmigung und beide Gruppen können sich nach einem Jahr ununterbrochenen Aufenthalts um eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bewerben.

Die jährlichen Quoten für die Anerkennung von Flüchtlingen sind in den letzten Jahren deutlich herabgesetzt worden. Im Jahr 1980, als erstmals eine Obergrenze für die Anerkennung eingeführt wurde, lag diese bei 231.700 Personen pro Jahr; seit 2004 liegt die Grenze bei 70.000. Für Asylberechtigte gibt es bislang keine Quotenregelung.

Im Jahr 2006 wurden 41.150 Flüchtlinge aufgenommen; die Hauptherkunftsländer waren Somalia (25 %), Russland (15 %) und Kuba (7,6 %). Zusätzlich wurde 2006 insgesamt 26.113 Personen Asyl gewährt; diese kamen hauptsächlich aus China (29 %), Haiti (12 %), Kolumbien (11 %) und Venezuela (5,2 %).<sup>12</sup>

Die US-Flüchtlingspolitik ist gerade in den vergangenen Jahren heftig kritisiert worden, insbesondere wegen der geringen Zahl von aufgenommenen Flüchtlingen. In den 1990er Jahren wurden durchschnittlich 100.000 Flüchtlinge pro Jahr aufgenommen; im Zeitraum von 2000 bis 2006 lag dieser Durchschnitt bei 50.000, deutlich unterhalb der vorgegebenen Höchstgrenze.

**Abbildung 4: Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge, US-Geschäftsjahre 1980-2006**



Quelle: Department of Homeland Security

Besonders deutliche Kritik wird im Hinblick auf den Irak geäußert, wo seit Beginn der von den USA geführten Invasion zwei Millionen Menschen zu Flüchtlingen und weitere 1,8 Millionen zu Vertriebenen innerhalb des Landes geworden sind. Im Februar 2007 stellte Außenministerin Condoleezza Rice Pläne der US-Regierung vor, nach denen es 7.000 irakischen Flüchtlingen, die sich bereits in Nachbarländern aufhalten, gestattet werden soll, sich innerhalb des kommenden Jahres in den USA anzusiedeln. Zuvor hatten die USA seit Beginn des Krieges im Jahr 2003 lediglich 463 Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen.<sup>13</sup>

## Irreguläre Zuwanderung

Schätzungsweise 12 Millionen undokumentierter Einwanderer halten sich in den USA auf. Dies entspricht nahezu einem Drittel der im Ausland geborenen Bevölkerung des Landes. Das Problem der irregulären Zuwanderung wird im Kontext von Sicherheitsbelangen heftig debattiert. Der Umstand, dass diese Einwanderer urkundlich nicht erfasst sind, wird als problematisch angesehen, insbesondere seit dem 11. September 2001.

Von den Personen, die sich ohne Genehmigung in den USA aufhalten, sind nach Schätzungen 60 % Mexikaner, weitere 25 % sollen aus lateinamerikanischen Staaten kommen. Es wird vermutet, dass die überwiegende Mehrheit dieser Menschen legal eingereist ist und nach Ablauf ihrer Visa das Land nicht wieder verlassen hat oder illegal über die südliche Landes-

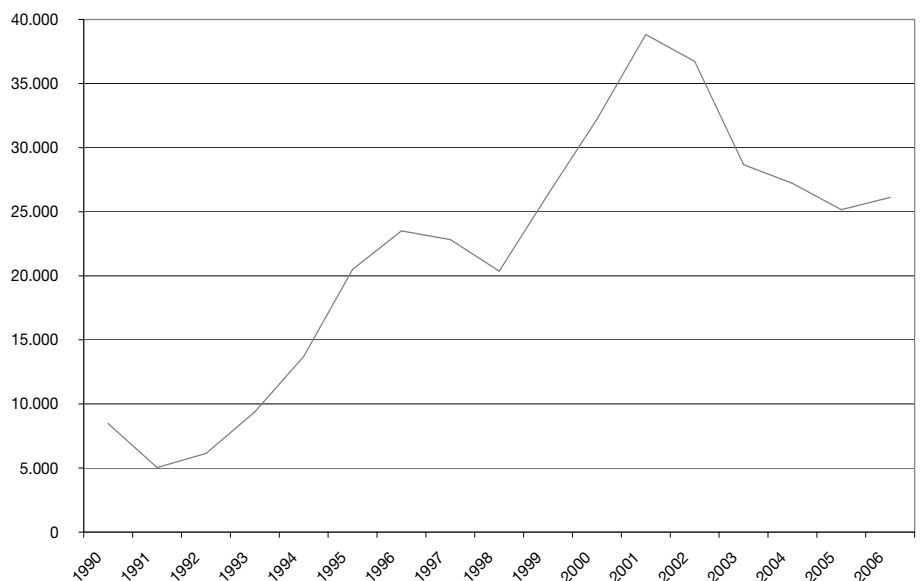
grenze zu Mexiko gekommen ist.

Während der letzten 50 Jahre sind diverse, weitgehend vergebliche Versuche unternommen worden, irreguläre Einwanderung zu unterbinden. 1954 endete die *Operation Wetback*<sup>14</sup> mit der Abschiebung von über einer Million Mexikanern und US-Bürgern mexikanischer Abstammung (nämlich die in den USA geborenen Kinder irregulärer Einwanderer). Andere Maßnahmen, etwa die *Operation Gatekeeper*, die 1994 am Grenzabschnitt bei San Diego durchgeführt wurde, haben die Menschen lediglich dazu gezwungen, die Grenze an gefährlicheren Stellen zu überqueren, fernab des hochgesicherten westlichen Abschnitts.

Die Fehler im Gesetz zur Reformierung und Kontrolle der Zuwanderung (*Immigration Reform and Control Act, IRCA*) von 1986, das sich fast ausschließlich mit dem Problem der irregulären Einwanderung befasst, haben seinerzeit große Aufmerksam-

keit erregt. Rund drei Millionen nichtregistrierter Einwanderer waren nach Maßgabe des IRCA legalisiert worden. Da es jedoch versäumt worden war, legale Wege der Einwanderung zu schaffen, um so dem hohen Bedarf an günstigen Arbeitskräften in der US-Wirtschaft nachzukommen, konnte die Zuwanderung irregulärer Migranten letztlich nicht gestoppt werden. Nach erfolgter Legalisierung ihres Aufenthaltes zogen die Familien und Verwandten der legalisierten Einwanderer anschließend nach – die meisten kamen aus Mexiko und Mittelamerika –, wodurch eine neuerliche Welle von Zuwanderung ausgelöst wurde. Diese wiederum förderte eine einwanderungsfeindliche Haltung; insbesondere wurden Bedenken hinsichtlich des Zu-

**Abbildung 5: Anzahl positiver Asylentscheidungen, Geschäftsjahre 1990-2006**



Quelle: Department of Homeland Security

gangs zu Bildung, medizinischer Versorgung und Sozialleistungen geäußert.<sup>15</sup>

Die Kontrolle der Südgrenze der USA ist in den letzten Jahren Gegenstand ernsthafter Diskussionen gewesen, insbesondere in den an Mexiko angrenzenden US-Bundesstaaten. Versuche, die Ankunft weiterer nichtregistrierter Einwanderer durch Verstärkung von Grenzsperrungen in bestimmten Gebieten zu vermeiden haben potenzielle Einwanderer lediglich veranlasst, gefährlichere Wege zu wählen, um in die USA zu gelangen und zur Erhöhung der Todesfälle in Zusammenhang mit illegaler Grenzüberquerung beigetragen.<sup>16</sup>

Bei Gegnern der irregulären Einwanderung schlagen die Emotionen bisweilen sehr hoch und so haben einige Privatleute bereits Gruppen gegründet, die die Grenze auf illegale Grenzübertritte hin überwachen. Es sind Vorwürfe geäußert worden, wonach einige dieser Gruppen weitergehend agieren als sie von sich behaupten. Es steht außer Frage, dass solche freiwilligen Grenzpatrouillen völlig inakzeptabel sind und dass offizielle Grenzbeamten einzusetzen sind. Jegliche Strategie zur Grenzkontrolle kann jedoch unter keinen Umständen isoliert funktionieren, sondern muss eingebunden werden in eine umfassende Revision der Einwanderungspolitik (siehe nachfolgendes Kapitel).

## Aktuelle Debatten

In den vergangenen Jahren hat sich der Druck auf die Regierung erhöht, eine maßgebliche Reform des US-amerikanischen Zuwanderungssystems durchzuführen. Politische Debatten über das Zuwanderungssystem konzentrieren sich im Wesentlichen auf drei miteinander zusammenhängende Aspekte: Grenzkontrollen und Arbeitskräftemangel am nationalen Arbeitsmarkt; drohender Fachkräftemangel; Regularisierung irregulärer Einwanderer, die sich bereits im Land aufhalten.

### Arbeitsmarktnachfrage versus öffentlicher Druck zur Zuwanderungskontrolle

Die zunehmende weltweite Integration des Arbeitsmarkts hat neue Realitäten geschaffen, die bei der Diskussion von Zuwanderung nicht ignoriert werden können. Nach Schätzungen des US-Bundesamts für Arbeitsmarktstatistik werden zwischen 2002 und 2012 60 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen, von denen die Hälfte nicht mehr als einen High-School-Abschluss voraussetzt.<sup>17</sup> Diese wirtschaftliche Expansion fällt in eine Zeit, in der 75 Millionen „Baby-Boomer“ in Rente gehen, durch sinkende Geburtenraten die Bevölkerung nicht weiter wächst und in den USA geborene Arbeitskräfte immer besser ausgebildet sind. Das Defizit an einfach qualifizierten und ungelernten Arbeitskräften, das aufgrund der genannten Faktoren zustande kommt, ist jetzt schon in einigen Branchen spürbar.

Da die Zahl der gesuchten Arbeitskräfte die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsgenehmigungen bei weitem übersteigt, wird die Arbeit oft von Zuwanderern geleistet, die sich ohne Genehmigung in den USA aufhalten. Außerdem wird durch die langen Bearbeitungszeiten die Beantragung der nur begrenzt verfügbaren H-2B-Visa (für Saisonarbeiter oder zum Ausgleich von vorübergehendem Arbeitskräftemangel) von Ar-

beitgebern und -nehmern als lästig empfunden. Dem Pew Hispanic Center zufolge sind 14 % aller Beschäftigten im Bausektor und in der Rohstoffindustrie undokumentierte Arbeiter.<sup>18</sup>

Als jüngster Versuch, den Bedarf des Arbeitsmarkts an einfach qualifizierten und ungelernten Arbeitern mit Forderungen der Öffentlichkeit nach sicheren Grenzen in Einklang zu bringen, wurde am 18. Juni 2007 im Senat ein Gesetzesentwurf zur umfassenden Reform der Einwanderung (S. 1639) vorgelegt.<sup>19</sup> Zum Zeitpunkt als das vorliegende Länderprofil verfasst wurde, hatte der US-Senat soeben eine endgültige Abstimmung über die Gesetzesvorlage scheitern lassen, was im Endeffekt einer Ablehnung gleichkommt.

Kernstück des Entwurfs bildeten Vorkehrungen, die auf eine stärkere Sicherung der Grenze zu Mexiko abzielten und vor irregulärer Einwanderung abschrecken sollten, darunter die Errichtung von Fahrzeugsperrungen und mehreren hundert Kilometern von Sicherheitszäunen, eine wesentliche Aufstockung der Zahl der Grenzbeamten, ein neuartiges elektronisches Identifizierungssystem, mit dem Arbeitgeber den Status von möglichen Arbeitnehmern überprüfen können, sowie eine härtere Sanktionierung von Arbeitgebern, die wissentlich Schwarzarbeiter beschäftigen. Ergänzt wurden diese Sicherungsmaßnahmen durch 200.000 Visa, die jährlich für temporäre Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden sollten. Dieses „Gastarbeiterprogramm“ hätte es temporären Arbeitskräften ermöglicht, dreimal hintereinander für jeweils zwei Jahre einzureisen, mit mindestens einem Jahr Unterbrechung zwischen den Aufenthalten.

Zusätzlich beinhaltete der Gesetzesentwurf das Gesetz über Beschäftigungsmöglichkeiten, Unterstützungsleistungen und Sicherheit im Agrarsektor (*Agricultural Job Opportunities, Benefits and Security, AgJOBS*). Dieses Gesetz hätte irregulären Arbeitskräften im Agrarsektor die Möglichkeit eingeräumt, einen Antrag auf einen temporären – später dauerhaften – Aufenthaltstitel zu stellen, unter der Bedingung, dass eine gewisse Zahl an Arbeitstagen weiterhin in der Landwirtschaft geleistet werden. Der Entwurf hätte nicht nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für undokumentierte Arbeitskräfte bedeutet, sondern möglicherweise auch die Nachfrage nach neuen Zuwanderern im Agrarsektor durch die Bereitstellung erfahrener und legalisierter Arbeitskräfte gesenkt.

### Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Unternehmen und Universitäten in den USA profitieren seit langem vom Zustrom ausländischer Talente. Die Zahl der Menschen, die auf legalem Weg ins Land einreisen wollen, übertrifft jedoch bei weitem die Zahl der in den arbeitsmarktrelevanten Kategorien zur Verfügung stehenden Visa. Die jährliche Quote für so genannte H-1B-Visa für hochqualifizierte Arbeitskräfte ist in der Regel schon in den ersten Wochen eines US-Geschäftsjahres erschöpft. Wie bei allen arbeitsmarktrelevanten Visa lassen sich lange Wartezeiten schlecht mit den Bedürfnissen der Arbeitgeber vereinbaren.

Zur Verbesserung der legalen Zugangswege für qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte sah der Gesetzesentwurf die Einführung eines Punktesystems vor. Anhand dieses Punktesystems sollten potenzielle Zuwanderer aufgrund ihrer Arbeitserfahrung, Ausbildung, ihrer Englischkenntnisse und Ähn-

lichem bewertet werden. Diejenigen mit den höchsten Punktzahlen wären so lange zugelassen worden, bis die Quote für das jeweilige Jahr erfüllt gewesen wäre. Die Einführung dieses Systems wäre langfristig zu Lasten der Zuwanderung zur Familienzusammenführung gegangen, die bislang der Hauptzuwanderungsweg auch für Fachkräfte ist. Es hätte auch eine Abkehr von der Auswahl der Zuwanderer durch Arbeitgeber bedeutet.

### Umgang mit in den USA lebenden irregulären Einwanderern

Die zahlreichen Einwanderer, die sich ohne Genehmigung im Land aufhalten, bilden eine Schicht von Menschen zweiter Klasse, die von der vollständigen Integration in die US-Gesellschaft ausgeschlossen sind, obwohl sie viel zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beitragen. Es herrscht die allgemeine Vorstellung vor, dass die unmittelbare Abschiebung von irregulären Einwanderern eine Katastrophe für die US-Wirtschaft wäre, abgesehen davon, dass der Versuch, eine so große Zahl von Menschen abzuschicken, ein ernsthaftes logistisches und finanzielles Problem darstellen würde. Derartige Abschiebungen würden aber wohl auch die Frage aufwerfen, wie mit den Kindern dieser Einwanderer zu verfahren wäre, die das Recht haben, in den USA zu bleiben, weil sie dort geboren wurden. Daher wird auch politischer Druck gegen die Abschiebung irregulärer Einwanderer ausgeübt, wie die Proteste im März 2006 gegen den Entwurf einer Zuwanderungsreform des Senats gezeigt haben. Allein in Los Angeles gingen Hunderttausende auf die Straße.<sup>20</sup>

Der neueste Gesetzesentwurf im Senat hätte irregulären Einwanderern, die vor dem 1. Januar 2007 in die USA eingereist sind, die Möglichkeit geboten, einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus zu erwerben. Das dafür vorgesehene so genannte Z-Visum wäre vier Jahre lang gültig gewesen. Nach dieser Frist hätte die Möglichkeit bestanden, das Visum zu erneuern, vorausgesetzt, dass ausreichende Englisch- und Landeskunde-Kenntnisse nachgewiesen worden wären. Um sich für eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu bewerben, hätte das jeweilige Familienoberhaupt vom Herkunftsland aus einen Antrag stellen und 4.000 US-Dollar Bearbeitungsgebühr zahlen müssen. Während der Bearbeitungszeit wäre es den Antragstellern jedoch erlaubt gewesen, in die USA zurückzukehren.

Des Weiteren beinhaltete der Gesetzesentwurf eine Initiative, Jugendliche, die undokumentiert in den USA leben, bei der Integration in die US-Gesellschaft zu unterstützen: der so genannte *DREAM Act (Development, Relief, and Education for Alien Minors Act)*. Nach diesem Gesetz hätten Jugendliche, die die Kriterien für das oben genannte Z-Visum erfüllt hätten, die Möglichkeit der sofortigen Beantragung eines dauerhaften Aufenthaltstitels gehabt, sofern sie bei der Einreise in die USA jünger als 16 Jahre gewesen wären und entweder die High School abgeschlossen oder zwei Jahre im Hochschulstudium oder Militärdienst verbracht hätten. Durch eine solche Gesetzgebung würde für diese Jugendlichen ein erheblicher Anreiz geschaffen, eine höhere Schulbildung abzuschließen; ein wichtiger Schritt, da gerade der Faktor Bildung die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Möglichkeit zur Integration in die US-Gesellschaft erhöht.

## Zukünftige Herausforderungen

Viele Beobachter waren bislang optimistisch, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2007 eine umfassende Reform der Zuwanderungsgesetzgebung verabschiedet würde, zumal der öffentliche Druck gewachsen war, die Demokraten im Kongress die Mehrheit besitzen und Präsident Bush nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung steht.

Die Gesetzesvorlage, die im vorangegangenen Abschnitt kurz dargestellt wurde, war wohl der ausgewogenste Versuch einer umfassenden Einwanderungsreform der letzten Jahre. Nach der Entscheidung des Senats am 28. Juni, die Vorlage nicht zur endgültigen Abstimmung zu bringen, ist es unwahrscheinlich geworden, dass vor der Präsidentschaftswahl im November 2008 überhaupt noch eine größere Reform verabschiedet wird. Für das Scheitern wird die Auffassung vieler Republikaner verantwortlich gemacht, der Gesetzesentwurf käme einer Amnestie für irreguläre Einwanderer gleich.

Ein erfolgreicher gesetzlicher Vorstoß muss eine deutliche Betonung auf die innere Sicherheit legen – nicht nur auf Grenzkontrollen, sondern auch auf konsequente Sanktionierung von Arbeitgebern –, aber ebenso auf Möglichkeiten des Umgangs mit nichtregistrierten Einwanderern, die sich bereits in den USA aufhalten. Während es recht wahrscheinlich ist, dass sich Demokraten und Republikaner auf eine Regelung bei der Grenzkontrolle einigen, dürften sich die Verhandlungen über den Umgang mit nichtregistrierten Einwanderern, die mittlerweile eine erhebliche Bevölkerungsgruppe ausmachen, deutlich schwieriger gestalten.

In der Zuwanderungsdebatte der kommenden Jahre wird die eingebürgerte lateinamerikanische Bevölkerung in den USA an Bedeutung gewinnen, weil sie eine Wählergruppe mit großem Interesse an der Reform der Zuwanderungspolitik darstellt. Sowohl Demokraten als auch Republikaner, die diese Wähler in der kommenden Präsidentschaftswahl für sich gewinnen wollen, werden deshalb ihre Haltung zu diesem Thema entsprechend anpassen müssen.

Letztlich bleibt abzuwarten, ob eine neue Gesetzgebung die Einwanderung erfolgreich in legale Bahnen lenken kann. Damit dies geschehen kann, müssen Quoten für Arbeitskräfte – zur vorübergehenden oder dauerhaften Anstellung und auf allen Qualifizierungsebenen – ausreichend hoch sein, um dem Bedarf des amerikanischen Arbeitsmarkts gerecht zu werden, und der Prozess der Visaerteilung muss effizienter ablaufen als bisher.

Der Autor:

**Nicholas Parrott** arbeitet als unabhängiger Wissenschaftler in London. Er hat einen BA-Abschluss der University of Cambridge und einen MA-Abschluss des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

E-mail: nicholasparrott@yahoo.co.uk

## Endnoten

- <sup>1</sup> Obwohl zu diesem Zeitpunkt das Wort „Rasse“ auf biologische Unterschiede zwischen Völkerguppen hinweisen sollte, wird das Wort heutzutage von Wissenschaftlern im englischen Sprachraum nur als soziales Konstrukt eingesetzt.
- <sup>2</sup> Siehe Ngai (1999).
- <sup>3</sup> Siehe Durand et al (1999).
- <sup>4</sup> Im Bereich der Einwanderungspolitik ist das US-Geschäftsjahr (von Oktober bis September) gemeint.
- <sup>5</sup> Siehe Jefferys (2007b).
- <sup>6</sup> Die tatsächliche Quote wird jedes Jahr auf eine komplizierte Weise errechnet. Die Kalkulationen berücksichtigen die Zahl der Personen, die im vorigen Jahr in bestimmten Zulassungskategorien (z.B. direkte Verwandte von US-Bürgern, für die es keine Zulassungsbegrenzung gibt) den LPR-Status bekommen haben. Die Zulassungsquote für die Präferenzkategorien der Familienzusammenführung darf nicht geringer als 226.000 sein. Wenn die berechnete Quote weniger als 226.000 beträgt, wird sie standardgemäß bei 226.000 festgelegt. Siehe Jefferys (2007b).
- <sup>7</sup> Siehe Jefferys (2007b).
- <sup>8</sup> Die hier angegebenen Daten zur Geburtsregion, Ausbildung und Beschäftigung der im Ausland Geborenen Bevölkerung stammen aus Larsen (2004).
- <sup>9</sup> Siehe Margon (2004)
- <sup>10</sup> Siehe Simanski (2007).
- <sup>11</sup> Siehe Waldinger et al (2007).
- <sup>12</sup> Siehe Jefferys (2007a).
- <sup>13</sup> „World looks away as Iraqis flood nearby states.“ *The Financial Times*. 15. Februar 2007
- <sup>14</sup> „Wetback“ ist eine abschätzige Bezeichnung für einen illegal einwandernden Mexikaner, der den Rio Grande – bisweilen schwimmend – durchquert, um in die USA zu kommen.
- <sup>15</sup> Siehe Durand et al. (1999) und Gonzalez Baker (1997).
- <sup>16</sup> Schätzungsweise 400 Mexikaner starben 2005 bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren. Siehe „Sense, not Sensesbrenner.“ *The Economist*. 30. März 2006.
- <sup>17</sup> Siehe Jacoby (2006).
- <sup>18</sup> Siehe Pew Hispanic Center (2006).
- <sup>19</sup> Der Gesetzestext kann auf der Website der Library of Congress abgerufen werden: <http://thomas.loc.gov>
- <sup>20</sup> Siehe „Migration und Bevölkerung“ 3/06, [http://www.migration-info.de/migration\\_und\\_bevoelkerung/](http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/). Schätzungen schwanken zwischen 500.000 und 1 Million Demonstrationsteilnehmern.

## Literatur

- Abraham, S. und Hamilton, L. H. (Co-Chairs) (2006): *Immigration and America's Future: A new chapter – Report of the Independent Task Force on Immigration and America's Future*. Washington: Migration Policy Institute.
- Durand, J., Massey, D. und Parrado, E. (1999): „The New Era of Mexican Migration to the United States.“ *The Journal of American History* 86 (2): 518-536.
- Fischel, S. (2007): „The American Immigration System: An Overview.“ Presentation made at the workshop entitled „German and European Migration and Immigration Policy from a Transatlantic Perspective: Challenges for the 21st Century.“ Humboldt Institution on Transatlantic Issues, Berlin, 24th February 2007.
- Glazer, N. (1998): The Incorporation of Immigrants in the United States. In M. Weiner and T. Hanami (Hrsg.), *Temporary Workers or Future Citizens? Japanese and U.S. Migration Policies*. Basingstoke: Macmillan, 56-76.
- Gonzalez Baker, S. (1997): „The ‘Amnesty’ Aftermath: Current Policy Issues Stemming from the Legalization Programs of the 1986 Immigration Reform and Control Act.“ *International Migration Review* 31 (1): 5-27.
- Huntington, S. P. (2004): „The Hispanic Challenge.“ *Foreign Policy*. March-April 2004
- Huntington, S. P. (2004): *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*. New York.
- Jacoby, T. (2006): „Immigration Nation.“ *Foreign Affairs*. November/Dezember 2006.
- Jaynes, G. D. (2000): „Introduction: Immigration and the American Dream.“ In G.D. Jaynes (Hrsg.), *Immigration and Race: New Challenges for American Democracy* New Haven: Yale University Press, 1-43.
- Jefferys, K. (2007a): „Refugees and Asylees: 2006.“ Annual Flow Report, Office of Immigration Statistics, Department of Homeland Security. [http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/Refugee\\_AsyleeSec508Compliant.pdf](http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/Refugee_AsyleeSec508Compliant.pdf)
- Jefferys, K. (2007b): „U.S. Legal Permanent Residents: 2006.“ Annual Flow Report, Homeland Security, Office of Immigration Statistics . [http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/IS-4496\\_LPRFlowReport\\_04vaccessible.pdf](http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/IS-4496_LPRFlowReport_04vaccessible.pdf)
- Joppke, C. (1999): *Immigration and the Nation-State: The United States, Germany and Great Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Larsen, L. (2004): „The Foreign-Born Population in the United States: 2003.“ Current Population Reports, P20-551, US Census Bureau, Washington, D.C.
- Legrain, P. (2006): *Immigrants: Your Country Needs Them*. St Ives: Little, Brown.
- Margon, S. (2004): Naturalization in the United States. Migration Information Source, Migration Policy Institute. Washington.

- Martin, P.L. und Duignan, P. (2003): Making and Remaking America – Immigration into the United States. Hoover Essays No. 25. <http://www.hoover.stanford.edu/publications/he/25/25.pdf>
- Ngai, M. (1999): „The Architecture of Race in American Immigration Law: A Reexamination of the Immigration Act of 1924.“ The Journal of American History 86(1): 67-92.
- Pew Hispanic Center (2006): The Labor Force Status of Short-Term Unauthorised Workers. Fact Sheet, April 2006.
- Simanski, J. (2007): „Naturalization in the United States: 2006.“ Annual Flow Report, Office of Immigration Statistics, Department of Homeland Security. [http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/Natz\\_01\\_Sec508Compliant.pdf](http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/Natz_01_Sec508Compliant.pdf)
- Udea, R. (1998): Historical Conditions in the United States for Assimilating Immigrants. In M. Weiner and T. Hanami (Eds.), Temporary Workers or Future Citizens? Japanese and U.S. Migration Policies. Basingstoke: Macmillan, 31-55.
- United States. Department of Homeland Security (2006): 2005 Yearbook of Immigration Statistics. Washington, D.C. <http://www.dhs.gov/ximgtn/statistics/publications/yearbook.shtm>
- Waldinger, R., Lim, N., und Cort, D. (2007): „Bad Jobs, Good Jobs, No Jobs? The Employment Experience of the Mexican American Second Generation.“ Journal of Ethnic and Migration Studies 33 (1): 1-35.

## Quellen

- Pew Hispanic Centre (Forschungszentrum zur lateinamerikanischen Bevölkerung den den USA) <http://pewhispanic.org/>
- US Census Bureau (US-Bundesbehörde für Bevölkerungsstatistik) <http://www.census.gov/>
- US Citizenship and Immigration Services (US-Bundesbehörde für Staatsbürgerschaft und Einwanderung) <http://uscis.gov>
- US Customs and Border Protection (US-Zoll- und Grenzsicherungsbehörde) <http://www.customs.gov/>
- US Department of Homeland Security, Immigration Statistics (US-Heimatschutzministerium, Abteilung Zuwanderungsstatistik) <http://www.dhs.gov/ximgtn/statistics>
- US Library of Congress (Bibliothek des US-Kongresses) <http://thomas.loc.gov>

## Weitere Informationen

- American Immigration Lawyers Association (Verband amerikanischer Rechtsanwälte im Bereich Zuwanderungsrecht) <http://www.aila.org/>
- National Council of La Raza: <http://www.nclr.org/>
- National Immigration Forum (Nationales Zuwanderungsforum) <http://immigrationforum.org>

## IMPRESSUM

Herausgeber: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg, Tel.: +49 (0)40 34 05 76-0, Fax: +49 (0)40 34 05 76-76, E-Mail: [info@hwwi.org](mailto:info@hwwi.org)  
Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Netzwerk Migration in Europa e.V.

Redaktion: Jennifer Elrick (verantwortl.), Tanja El-Cherkeh, Gunnar Geyer, Rainer Münz, Antje Scheidler (Netzwerk Migration in Europa e.V.), Jan Schneider (i.A. der bpb)

Die Herausgabe der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.  
Die Länderprofile und Kurzdossiers geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Auszügen und Grafiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de), [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org)  
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)